

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Männen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3680-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 650. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handletel) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anwarta] Nr 517

MONTAG, 2. NOVEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

Zawal wieder in Paris

Deutsch-französische Aussprache am entscheidenden Punkt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. NOVEMBER

Nach kurzem Aufenthalt in Southampton erreichte die „Sole de France“ mit dem Ministerpräsidenten Zawal am Samstag um 11 Uhr vormittags Le Havre. Zawal wurde von dem französischen Minister für die Handelsmarine Gappes belaine begrüßt und fuhr gleich weiter nach Paris, wo er um 3 Uhr nachmittags erwartet wird.

Am Dienstag früh tritt das Kabinett unter Vorsitz des Präsidenten Doumer zusammen, um den Bericht Zawals über seine Besprechungen in Washington entgegenzunehmen. Der deutsche Botschafter wird Zawal vielleicht schon heute abend, höchstens aber erst nach dem Ministerret aufsuchen. Anschließend wird Zawal wohl seine Auftragsarbeiten ausführen und sich telefonisch mit Reichskanzler Brüning in Verbindung setzen.

Die Gapan-Agentur glaubt aus Berlin melden zu können, daß der deutsche Botschafter Zawal Fragen werde, ob die französische Regierung einverstanden sei, daß die Vollmachten des besprochenen Ausschusses der W. 3. in der Weise erweitert würden, daß diese Kommission ihre Untersuchungen auch auf eine neue Regelung der gesamten Reparations-Fragen ausdehnen kann. Die Ergebnisse der Arbeit der Berater-Kommission würden dann die Grundlage zur Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz ergeben.

Sehr bemerkenswert sind die Mitteilungen der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland auf die Atmosphäre, in der die entscheidenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich beginnen sollen. An die Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und dem Zentrum knüpft der „Temps“ einen kritischen Kommentar:

„Welches Deutschland hat Frankreich vor sich? Während das demokratische Deutschland bei der Fühlung befindet, welche die Frucht des Nationalsozialismus immer weiter. Wer aber Ernste erwägt, zu einer deutschen Regierung Vertrauen zu haben, in der Güters Eltholter die Herren des Innenministeriums und der Reichswehr wären? Begriffe man nicht in Berlin, daß ein derzeitiger politischer Umwälzung des Vertrauens in die Aufrichtigkeit des deutschen Friedenswillens und gleichzeitig den deutschen Kredit im Ausland ruinieren muß? Der Eintritt der Rationalisierungs in das Reichskabinett, mit oder ohne Brünning als Rongier, würde die Wirkung haben, eine besorgniserregende Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen. Man muß wünschen, daß die Führer des Reichs einen solchen politischen Fehler doch noch zu vermeiden wissen.“

In dem ähnlichen Sinne äußert sich „Aourna“: „Gewiß ist Deutschland frei in der Wahl seiner Regierung. „Wir aber sind auch frei darin, die Konsequenzen aus einer politischen Orientierung zu ziehen, die uns voller Gefahren zu sein scheint.“

Der feiner Umgang hat der Ministerpräsident Zawal durch die Gapan-Agentur eine offizielle Erklärung erlassen, worin er nochmals betont, daß er von seiner Amerifahrt „einen guten Eindruck mitbringt“. Sein Empfang in Washington habe erneut von dem Gehilfen der Fremdenliste Anschlag auf Frankreich erzeugt. Bei seiner Rückfahrt nach Frankreich könne er behaupten, daß die Mission, die ich erfüllt habe, bedeutsame Folgen haben kann.“

Die französische Regierung, so heißt es in der Erklärung zum Schluß wörtlich, wird erwägen, welche praktischen Schlußfolgerungen man daraus ziehen kann, und das Parlament wird sofort nach dem Wiederzueintritt sich über die Politik ausprechen, die wir verfolgen haben, und die wir weiter treiben wollen. Wir müssen es verstehen, das unermessliche Prestige, das Frankreich gegenüberlich in der Welt genießt, zur Wahrung unserer Interessen und zur Konsolidierung des Friedens zu benötigen.

Nach während des Aufenthalts in Southampton hat Zawal den englischen Journalisten ein Interview gegeben:

„Ich freue mich über den persönlichen Erfolg Wadonabes. Ich bin sicher, daß das Ergebnis der englischen Wahlen eine engere Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich bedeuten wird. Ich glaube sehr, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ausgeprägter werden werden. Was denn ich in unserer Zusammenarbeit zwischen ihnen im Interesse der Welt notwendig.“

Filgungsplan für Auslands-Schulden

Grundlage der Stillhaltung

Die die „Wossifische Zeitung“ bereits mitteilte, hat im Mittelpunkt der Beratungen des vom Wirtschaftsrat eingeleiteten Ausschusses für die mit dem Stillhaltekommissionen zusammenhängenden Probleme, die Aufstellung eines Filgungsplans gefunden. Die Besprechungen sind gestern in der Reichskanzlei in Anwesenheit des deutschen Volksherrn in Paris, von Wochs, fortgesetzt worden. Als Ergebnis dieser Besprechungen sind das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank beauftragt worden, einen Plan für die Restriktion und Filgung der deutschen Auslandschulden im einzelnen auszubereiten.

Man nimmt an, daß dieser Plan fertiggestellt sein wird, wenn der Bericht des deutschen Volksherrn über seine erste Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Zawal vorliegt, so daß dann die Beratungen des Stillhalte-Ausschusses fortgesetzt werden können.

Schösch ist am Sonntag nach Paris zurückgekehrt.

Dithilfe am Scheideweg

Von

Zwischen dem Reichskanzler und dem Preussischen Ministerpräsidenten hat heute eine Aussprache über die Durchführung der Osthilfe stattgefunden, durch die ein einheitlicheres Vorgehen von Reich und Preußen gesichert werden soll. Zum Reichskommissar für die Osthilfe wird, wie man weiß, neuerdings der Reichstagsabgeordnete Schlang-Schöningen beistellt.

Im Zuge der Wirtschaftsbearbeitungen darf eines nicht vergessen werden: auch die Umgestaltung der Osthilfe ist eine dringende, unmittelbare Notwendigkeit. Seit mehr als einem Jahre besteht die Osthilfe bei der Reichskanzlei, seit über zwei Jahren bestehen weitreichende gesetzliche Grundlagen für das Osthilfswesen, die erhofften Wirkungen aber auf eine Umgestaltung der ostpreussischen Wirtschaft in breiter Front blieben aus. Solten hier das Gesetz über die mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Stellen verfaßt? Welche Fragen sind zu verneinen. Die Wirkung blieb aus, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen das Osthilfswesen ausging, nicht eingetreten sind.

Das Osthilfswesen hatte zur Voraussetzung seines Gelingens zunächst den Wiedereintritt einer landwirtschaftlichen Konjunktur. Die Osthilfe sollte eine Lebensverbesserungsmaßnahme darstellen, die den notleidenden landwirtschaftlichen Betrieben unter Konjunkturbildung ihrer Schulden die Mittel zur Verfügung stellt, die wieder rentable Wirtschaften eingetretet seien. Diese erste und wichtigste Voraussetzung ist bisher nicht eingetreten. Wohl aber trat das Gegenteil ein. Die Preise sanken, bei nur unbedeutender Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und die Unrentabilität wuchs. Die Wiederherstellung einer landwirtschaftlichen Profitabilität in diesem Sinne ist weiter entfernt als bisher.

Diese Entlohnung hatte auch den Nichteintritt einer neuen Konjunktur zur Folge. Die ursprüngliche Erwartung hatte auf Grund der angelegten Berechnungen mit der Möglichkeit der Einbeziehung der notleidenden Betriebe gerechnet. Nur ein geringer Bruchteil wurde als Konjunkturerwartung betrachtet. Die veränderte Entwicklung hatte das Verhältnis umgekehrt. Mit den Maßnahmen der heutigen Preise gemessen ist die Mehrzahl der Betriebe, den geltenden Richtlinien nach, insolvenzunfähig. Die Umgestaltung als Mittel zur Konjunktur muß bei ihnen versagen, weil die umgeschuldeten Betriebe nur kurzer Zeit wiederum notleidend werden würden.

Schließlich versagen auch die Finanzierungsquellen. Der Auslandsmarkt, mit dem der Erfolg des Gesetzes noch gerechnet wurde, verschloß sich, der Zinsanmarsch wurde nur noch unergiebig.

Mit diesem Wegfall der Voraussetzungen wird also die Verringerung des bisherigen Osthilfswertes unabwendbar. Nach welcher Richtung und mit welchen Methoden muß sie erfolgen, um wirklich fruchtbar zu werden? Hierzu ist wichtig voranzuschreiten, daß die Problemstellung eine boppelte ist.

Das erste Problem bilden die auch heute noch insolvenzunfähigen Betriebe. Zu diesen Betrieben gehören heute beim Großbetrieb die vorwiegend gering verdienstlichen Güter. Das sind Güter, deren erste Stelle nur mit einem nicht zu großen Übertrag belastet ist. Gerade diese Güter werden aber von dem heutigen Umwälzungsvorgängen nicht erfaßt, weil in ihm nur die Umwälzung der zweiten Hypotheken und des Personalvertrages vorgegeben war. Hier wird also zunächst durch eine Umgestaltung des Wirtschaftswesens die Möglichkeit gegeben, diese Güter zu verkaufen. Diese Güter sind heute geringfügige Wirkung für den Gesamtstand der ostpreussischen Wirtschaft. Sie sind faszinieren ein Individualproblem ohne Massenwirkung.

Das zweite Hauptproblem liegt in dem Schicksal der großen Mehrzahl von Betrieben, die nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wenigstens soweit es sich um Groß- und Mittelbetriebe handelt, nicht mehr umgeschuldet werden können. Sie sind durch den weiteren Preisverfall auf der Kategorie der Insolvenzfähigkeit betriebs ausgeschlossen und haben einen neuen völligen Produktionsverfall entgegen zu erwarten. Es vermag weder ihre Schulden noch ihre Finanzkraft zu bezahlen, sie vermögen noch der unzureichenden Ernte dieses Jahres nicht einmal die nötigen Betriebsmittel für die

Kämpfe in der Nord-Mandschurei

Der Konflikt greift auf die russische Sphäre über

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. NOVEMBER

Aus den Nachrichten und sich immer weiterpropagierenden Meldungen aus Japan und in ihrer Quelle ergibt sich, daß der Konflikt auf die Nordmandschurei überzuziehen droht. Damit würde die russische Interessensphäre bedroht und eine Kollisionsgefahr des Konflikts noch weiter erschwert werden.

Nach neueren Meldungen aus Tokio treffen die Japanner Vorbereitungen zum Vormarsch auf Chabin. Diese Nachricht wird vom japanischen Außenministerium für ungewichtig erklärt. Unzweifelhaft ist es zu militärischen Zusammenstößen zwischen den chinesischen Generälen in der Mandschurei gekommen, von denen der eine auf russische, der andere japanische Hilfe gemessen soll.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Tokio ist mit einem Vormarsch der japanischen Truppen aus der Provinz Kirin nach Norden in die Provinz Jelinungfang zu rechnen. Man sei sich auch klar darüber, daß Japan die Anempfehlung des Völkerbundes über die Zurückziehung seiner Truppen unberücksichtigt lassen werde.

Auf die beunruhigenden Gerüchte aus der Nordmandschurei hat die Regierung der Vereinigten Staaten einen Beobachter zur Prüfung der Lage dorthin entsandt.

Gaushaltsauschuss am 19. November

Der Haushaltsauschuss des Reichstages ist für den 19. November einberufen worden.